

## TOP 1 - Aktuelle Stunde

Antrag  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
"Will die Landesregierung den Neubau von Atomkraftwerken?"  
Drs. 14/8572

in Verbindung mit

Antrag der Fraktion der SPD  
„Atomkraft schadet dem Energieland NRW - Ministerpräsident muss Phantomdebatte  
in der schwarz-gelben Landesregierung beenden“  
Drs. 14/8573

Rede des  
stellvertretenden Vorsitzenden der  
SPD-Landtagsfraktion  
Norbert Römer

anlässlich  
der 115. Plenarsitzung am 11. Februar 2009

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Unser Land steht vor großen Herausforderungen.

Wir brauchen jetzt klare Konzepte und starke Führung, um in der Krise zu bestehen und gestärkt aus der Krise heraus zu kommen. In der Klima- und Energiepolitik taumelt diese Landesregierung aber orientierungslos umher, ein Teil hat bereits die energiepolitische Geisterfahrt in die Vergangenheit aufgenommen, diese Landesregierung hat keinen Kompass für die Zukunft. Klare Konzepte – bei dieser Landesregierung heißt das: Fehlanzeige!

Wir brauchen mehr denn je den Zusammenhalt in der Gesellschaft, um diese Aufgabe gemeinsam und solidarisch zu meistern. In der Klima- und Energiepolitik reißt diese Landesregierung aber längst zugeschüttete Gräben wieder auf, treibt unsere Gesellschaft in längst überwundene Auseinandersetzungen. Diese Landesregierung setzt auf Spaltung, wo längst versöhnt worden ist. Starke Führung – bei dieser Landesregierung heißt das: Fehlanzeige!

Franz Müntefering hat Recht: Die richtigen Antworten auf diese tief greifende Finanz- und Wirtschaftskrise sind sozial und demokratisch. Das macht den entscheidenden Unterschied zu Schwarzgelb aus: Besonders in der Krise liegt Privat vor Staat total daneben, besonders in der Krise wirkt Freiheit vor Gleichheit nur noch wie dummer, wie tumber Schnack.

Aus der selbst ernannten Koalition der Erneuerung ist schon längst die Koalition der Ernüchterung, die Koalition der großen Sprüche und der gebrochenen Versprechen geworden.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Verabschieden Sie sich endlich von Ihrer Koalitionsvereinbarung, die Wirklichkeit hat Sie längst überholt. Sie sind heute schon eine Koalition von gestern.

In dieser Zeit sind ganz konkrete, ganz praktische Antworten gefordert. Antworten auf die entscheidende Frage, wie NRW aus der schwersten Krise heraus kommt.

Und ausgerechnet in dieser Zeit bricht die CDU eine Phantomdebatte vom Zaun:

Die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken!

Als ob das die Antwort auf die Krise wäre: Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken.

Und der stellvertretende Ministerpräsident legt sogar noch eins drauf:

Er will lieber heute als morgen neue Atommeiler in Deutschland bauen.

Anrede,

Das Thema Atomkraft ist viel zu sensibel, um es Ihrer Dampfplauderei zu überlassen.

Gerade bei der gefährlichen Atomkraft haben die Menschen einen Anspruch darauf, klar zu erfahren, was diese Regierung mit ihnen und mit ihrer Zukunft vorhat.

Bei uns jedenfalls gibt es klare Kante:

Mit der SPD wird es kein Wackeln beim Atomausstieg geben. Auch kein Zappeln. Wir sind vertragstreu.

Mit der SPD wird es keine neuen Atomkraftwerke geben. Schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen. Wir stehen zu unserer Entscheidung von 1994, als wir unter der politischen Führung von Johannes Rau das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet haben.

Wir werden verhindern, dass Nordrhein-Westfalen wieder zum Atomland wird. Darauf können die Menschen sich verlassen.

Unsere Argumente gegen die Atomkraft bleiben richtig.

Da wird behauptet: Wir seien von Atomkraftwerken umzingelt.

Ich empfehle einfach einen Blick auf die Fakten:

Ende 2007 waren weltweit 439 Atomkraftwerke in Betrieb. Von 1989 bis 2007 stieg die Zahl der Atomkraftwerke weltweit lediglich von 423 auf 439: Dies ist eine Steigerung um schlappe 3,6 % in fast 20 Jahren, etwa 0,2 % pro Jahr. Daraus einen „Boom“ abzuleiten, ist mehr als abenteuerlich.

Diese weltweite Stagnation ist übrigens nicht politisch begründet: Die meisten Menschen in der Welt sind schlicht klug genug, die Finger von der Atomenergie zu lassen.

Diese Zahlen sind die Wirklichkeit, darüber können auch Werbekampagnen nicht hinweg täuschen, auch nicht Werbekampagnen mit sympathischen jungen Frauen, wie das deutsche Atomforum jetzt offensichtlich seinen neuen Werbefeldzug vorbereitet. Im Übrigen bin ich sicher, dass besonders junge Frauen mit Blick auf ihre Kinder sich von solchen Werbekampagnen eher abgestoßen als angezogen fühlen werden.

Anrede.

Auch weltweit bietet der Ausbau der Atomenergie keine Perspektive zum Schutz des Klimas: Der Anteil der Kernenergie am weltweiten Endenergieverbrauch liegt bei 2,5 Prozent – und geht weiter zurück.

Wenn Atomkraftwerke einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leisten sollte, müssten weltweit 1400 neue Atomkraftwerke gebaut werden; dies hat die Internationalen Energieagentur berechnet. Atommeiler müssten massenhaft gleichermaßen in politisch stabilen und weniger stabilen Staaten errichtet werden. Das ist nicht zu verantworten.

Die Argumente gegen die Atomkraft sind bekannt:

Die Endlagerfrage ist ungelöst, Atomenergie behindert den Wettbewerb, Atomenergie birgt weltweit die Gefahr von Massenvernichtungswaffen.

Wir wollen aber weniger Atomwaffen in der Welt, am Besten gar keine. Auch deshalb brauchen wir keine neuen Atomkraftwerke.

Anrede,

Es stimmt: In Finnland wird ein Atomkraftwerk gebaut. Dort läuft allerdings die Finanzierung aus dem Ruder. Wir konnten alle lesen, dass die Kosten schon wieder um 1,5 Milliarden Euro gestiegen sind.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, jetzt von der Renaissance der Atomenergie zu phantasieren.

Dennoch können CDU und FDP davon nicht ablassen.

CDU-Generalsekretär Pofalla hat sich bereits für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ausgesprochen. Und es geht weiter:

Obwohl die CDU noch auf ihrem letzten Bundesparteitag einen Beschluss gegen neue Atomkraftwerke in Deutschland gefasst hat, kommt aus Reihen der CDU bereits die Forderung nach neuen Atommeilern in Deutschland.

Die Deutsche Presseagentur berichtet am 08. Februar 2008, dass der stellvertretende nordrhein-westfälische Ministerpräsident Pinkwart sogar den Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland anpeilt.

CDU und FDP planen ganz offensichtlich, Nordrhein-Westfalen wieder zum Atomland zu machen. Damit kündigen sie den Atomkonsens auf und versuchen, den gesetzlich beschlossenen Atomausstieg auszuhebeln.

(ab hier 2. Runde)

Was heißt das alles für unser Land?

Eine Laufzeitverlängerung der Atommeiler außerhalb Nordrhein-Westfalens sichert in NRW keinen einzigen Arbeitsplatz.

Deshalb überrascht es auch nicht, dass die Betroffenen die von der schwarz-gelbe Landesregierung angezettelte Phantomdebatte mit Sorge sehen.

*"Der Weg zurück in die Kernenergie ist ein Irrweg, hinter welchem vor allem die Gewinninteressen der konventionellen Energiewirtschaft stehen!"* sagt der Bundesverband Windenergie am vergangenen Montag.

Der Befund heißt also schlicht und einfach: Die Atomdebatte gefährdet den Ausbau der Erneuerbare Energien in NRW. Dies kostet uns Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk.

Ich zitiere aus einer weiteren aktuellen Pressemitteilung von gestern:

*"In der aktuellen Situation muss der Energiestandort Nordrhein-Westfalen vorrangig durch den Ausbau der dezentralen, umweltverträglichen Energieerzeugung gestärkt werden", fordert Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), im Vorfeld der am Mittwoch geplanten aktuellen Stunde zur Energiepolitik im NRW-Landtag.*

*"Anstelle einer langwierigen politischen und schwierigen öffentlichen Diskussion über die zukünftige Nutzung der Kernenergie sollte die Landesregierung das Engagement der Stadtwerke in NRW unterstützen, die in den kommenden Jahren erhebliche*

*Investitionen in die Modernisierung und den Neubau mehrerer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK), den Ausbau der Erneuerbaren Energien, aber auch im Kohlekraftwerksbereich planen", erklärte der VKU-Hauptgeschäftsführer.*

(...)

*In diesem Zusammenhang forderte der VKU-Hauptgeschäftsführer die NRW-Landesregierung auf, das Gemeindefirtschaftsrecht europarechts- und marktkonform zu reformieren, damit Stadtwerke ihrer von der Politik erwarteten Rolle gerecht werden können, als Korrektiv zum Oligopol der Energiekonzerne einen funktionsfähigen Wettbewerb im Energiemarkt zu gewährleisten."*

Soweit die Pressemitteilung des VKU.

Zweiter Befund: Atomenergie verhindert fairen Wettbewerb. Die schwarz-gelbe Landesregierung behindert einerseits die Stadtwerke als Wettbewerber und will mit dem Fummeln am Atomausstieg den vier Markt beherrschenden Konzernen weitere Wettbewerbsvorteile zuschanzen. Fehlender Wettbewerb ermöglicht aber erst die Preistreiberei der großen Vier.

Der Ministerpräsident muss in der Debatte um eine Laufzeitverlängerung alter Atomkraftwerke und den Bau neuer Atommeiler die Interessen Nordrhein-Westfalens vertreten. Er muss endlich unmissverständlich klarstellen, dass das Energieland NRW darauf besteht, dass der im Einvernehmen mit der Energiewirtschaft gesetzlich beschlossene Atomausstieg weiterhin planmäßig umgesetzt wird.

Anrede,

Die energiepolitischen Vorstellungen von CDU und FDP konnten wir sehr genau in der Enquete-Kommission „Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen“ erleben.

In der Enquete-Kommission phantasierten CDU und FDP munter von der Wiederaufnahme und Verstärkung der Forschungsbemühungen beim Hochtemperaturreaktor, also vom Wiedereinstieg. Diese Technik böte einen kostengünstigen Weg, risikoarm Energie zur Verfügung zu stellen.

Um es drastisch zu sagen: Alles wirres Zeug, völlig irrelevant für NRW.

In der Debatte um die Atomenergie muss auch in Erinnerung gerufen werden, welches Gesamtkonzept CDU und FDP verfolgen.

In der Landtags-Enquete haben sie eine marktradikale Ideologie vertreten, wollten die Förderung der Erneuerbare Energien abschaffen und predigten die Lehre vom freien Energiemarkt

Dies alles war nicht vom Himmel gefallen.

Bereits Anfang des Jahrtausends hatten CDU und FDP im Bundestag noch deutlicher gesagt, wohin mit ihnen die Reise gehen würde:

In der Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung" hatten CDU und FDP ein umfangreiches Minderheitenvotum abgegeben. Damals im Bundestag: Professor Pinkwart. Damals Berater der CDU: Prof Schmidt, der auch die CDU hier im Landtag beraten hat:

Die Enquete-Kommission des Bundestages hatte damals verschiedene Szenarien für die Energiezukunft in Deutschland betrachtet.

CDU und FDP hat dies nicht gereicht: Sie haben damals ein Sondergutachten zu einem "Nuklear-fossilen Energiemix" in Auftrag gegeben, Der Gutachter hat berechnet, dass im CDU-FDP Konzept im Jahr 2050 in Deutschland 60 Atomkraftwerke in Betrieb sein müssen.

Dieser Unsinn hat die SPD bis heute verhindert, auch in der großen Koalition verhindert. Dabei muss es bleiben.

Sonst kommt der nächste Schritt. Auch hier haben CDU und FDP schon vorgearbeitet. Die Suche nach geeigneten Standorten für Atomkraftwerke in Deutschland war Bestandteil des Gutachtens

Für NRW sind folgende Standorte vorgesehen:

Rees im Kreis Kleve, Datteln, Gelsenkirchen-Scholven, Leverkusen, Hamm, Paderborn, Würgassen,

an der Landesgrenze: Grohnde, Hannoversch-Münden, Salzbergen

Anrede,

Die politische Ausgangslage ist klar: Die Konzernspitzen der Stromwirtschaft drängen mit allen Mitteln auf eine Revision des Atomausstiegs, der in enger Abstimmung mit ihnen gesetzlich fixiert wurde. Sie sind nicht vertragstreu. Den Konzernspitzen scheint dies egal zu sein. Der Ruf der Branche ist ohnehin ruiniert. Nicht durch die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Sie sind die Leidtragenden einer Firmenpolitik, die um des kurzfristigen Profits willen bereit ist, in Deutschland längst überwundene Konflikte wieder neu zu entfachen.

Dabei wissen Konzernvorstände genau, dass eine Revision des Atomausstiegs mit einer SPD in Regierungsverantwortung nicht zu machen ist. Deshalb wollen sie die SPD schwächen und machen daraus auch keinen Hehl. Sie brauchen für ihren Vertragsbruch die CDU.

Die SPD jedenfalls hält an den getroffenen Vereinbarungen fest.  
Die SPD ist zuverlässig und vertragstreu.

Mit uns hat NRW eine gute Zukunft, eine gute Zukunft ohne Atomenergie.



Im Auftrag von:



Erstellt durch:



Kurzstudie  
 Standortbestimmung für Kernkraftwerke gemäß dem von CDU/CSU und FDP definierten Szenario "fossil-nuklearer Energiemix" der Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung" des Deutschen Bundestages.

 Atomkraftwerk neu

 Atomkraftwerk bestehend

 Bestehende Entsorgungswege

 Atomkraftwerk neu - mit Nahwärmenutzung

 Atomkraftwerk neu - Planung vorhanden

 Exemplarisch ein Forschungsreaktor im Bau